

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Petra Sitte, Agnes Alpers, Dr. Martina Bunge, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/1068 –**

Deutsche Zentren für Gesundheitsforschung

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Gründung nationaler Zentren für die Erforschung der großen Volkskrankheiten wie Demenzen, Diabetes oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen ist ein wichtiger Baustein der Road-Map zur Gesundheitsforschung der Bundesregierung. Die 2009 gegründeten Deutschen Zentren für Neurodegenerative Erkrankungen (DZNE) und Diabetesforschung (DZD) sind bereits in der Aufbauphase. Die Federführung in den als Verbund angelegten Zentren übernimmt jeweils eine Forschungseinrichtung der Helmholtz-Gemeinschaft. Ziel sei, so die Bundesregierung, die Forschungsergebnisse im Sinne einer verbesserten Translation schneller in die Anwendung zu überführen und international sichtbare Strukturen zu schaffen. Die Helmholtz-Gemeinschaft (HGF) strebt laut Aussagen ihres Präsidenten Dr. Jürgen Mlynek auf dem Medizinischen Fakultätentag der Bundesrepublik Deutschland 2009 an, weitere Krankheitsfelder innerhalb einer solchen Konsortialstruktur zu bearbeiten.

Sowohl der Medizinische Fakultätentag der Bundesrepublik Deutschland wie auch der Verband der Universitätsklinika Deutschlands e. V. (VUD) kritisieren dieses Vorgehen. Es sei unverständlich, dass Fördergelder des Bundes jetzt in den Aufbau neuer Strukturen fließen, während in den Universitätsklinika das Geld zur strukturellen Modernisierung fehle, so der VUD in einer Pressemitteilung vom 2. Juli 2009. Der Fakultätentag hatte die Bundesregierung bereits im Juni 2009 in einer Resolution aufgefordert, vermehrt Fördermittel für die Forschung zu Volkskrankheiten in Projektform auszuschreiben. Der Generalsekretär des Medizinischen Fakultätentages, Dr. Volker Hildebrandt, beklagt laut „DER TAGESSPIEGEL“ vom 19. Februar 2010, dass die Helmholtz-Gemeinschaft nicht auf Augenhöhe mit der Universitätsmedizin kooperiere und befürchtet eine Abwerbung der besten Medizinerinnen und Mediziner an die neuen Forschungszentren.

Der Gesundheitsforschungsrat (GFR) hat am 3. Februar 2010 die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Beratung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) bei der Einrichtung der Deutschen Zentren für Gesundheitsforschung (DZG) beschlossen.

1. Welche weiteren Zentren für Gesundheitsforschung sind über die bereits gegründeten hinaus geplant (bitte mit Zeitangaben)?

Es ist derzeit geplant, weitere Deutsche Zentren der Gesundheitsforschung in den Bereichen Onkologie, Infektiologie, Kardiologie und Pneumologie zu gründen. Die Ausschreibungen hierzu werden voraussichtlich Mitte des Jahres 2010 erfolgen.

2. Sind weitere komplette Neugründungen von Instituten zur Gesundheitsforschung im Rahmen der Helmholtz-Gemeinschaft analog des Deutschen Zentrums für Neurodegenerative Erkrankungen (DZNE) vorgesehen?

Nein

3. Welche Mittel hat die Bundesregierung bis einschließlich 2010 für die Errichtung der Deutschen Zentren für Gesundheitsforschung eingesetzt (bitte nach Projektfördermitteln des BMBF und Mitteln aus dem Budget der HGF aufschlüsseln)?

Im Jahr 2009 wurde für das DZNE eine institutionelle Förderung in Höhe von 36,2 Mio. Euro veranschlagt. Für das Deutsche Zentrum für Diabetesforschung (DZD) wurden Projektfördermittel in Höhe von 4,8 Mio. Euro eingesetzt. Nach Entscheidung des Deutschen Bundestages über den Haushalt 2010 ist für das DZNE in 2010 eine institutionelle Förderung in Höhe von 46,5 Mio. Euro vorgesehen. Dem DZD sollen über den institutionellen Haushalt des HMGU 8 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden.

4. In welcher Höhe sollen zukünftig zusätzliche Mittel für den weiteren Aufbau und die Gründung von Deutschen Zentren für Gesundheitsforschung eingesetzt werden (bitte Angaben für die Zentren einzeln auführen)?

Bezüglich künftiger Mittel für die Deutschen Zentren der Gesundheitsforschung wird auf das laufende Haushaltsaufstellungsverfahren für 2011 bis 2014 verwiesen.

5. Nach welchen Kriterien hat die Bundesregierung die Standortentscheidung für die bisher gegründeten zwei Zentren für Gesundheitsforschung gefällt?

Die Standorte wurden unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten und nach Abstimmung mit den beteiligten universitären und außeruniversitären Forschungseinheiten gewählt.

6. Welche Gutachter wurden in das Verfahren zur Entscheidung für die Gründung der beiden Zentren bzw. für die Standortentscheidung einbezogen (bitte Namen einzeln auführen)?

Den Standortentscheidungen des Deutschen Zentrums für Neurodegenerative Erkrankungen lagen die Empfehlungen folgender Gutachter zugrunde: Prof. Dr. Colin Masters, Melbourne; Prof. Dr. Bengt Winblad, Stockholm; Prof. Dr. Adriano Aguzzi, Zürich und Prof. Dr. Hermann Brandenburg, Vallendar.

Der Gründungsprozess wurde begleitet durch eine Gründungskommission, der als Mitglieder Prof. Dr. Johannes Dichgans, Tübingen; Prof. Dr. Otmar Wiestler, Heidelberg; Prof. Dr. Olivia Dibelius, Berlin, Prof. Dr. Konrad Beyreuther, Heidelberg und Prof. Dr. Peter Falkai, Göttingen, angehörten.

Die Gründung und Auswahl der Gründungsmitglieder des Deutschen Zentrums für Diabetesforschung (DZD) e. V. erfolgte auf Grundlage eines Beschlusses des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages vom 20. November 2008. Gutachter waren an den Verfahren nicht beteiligt.

7. Wurden die Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V. bzw. der Wissenschaftsrat in das Ausschreibungsverfahren für die Gründung der beiden Zentren einbezogen?

Wenn nein, warum nicht?

Nein. Die Gründung des Deutschen Zentrums für Neurodegenerative Erkrankungen erfolgte auf Grundlage eines Kabinettschlusses in der 16. Legislaturperiode im Rahmen der staatlichen Daseinsvorsorge.

Für das Deutsche Zentrum für Diabetesforschung wird auf die Antwort zu Frage 6 verwiesen.

8. Betrachtet die Bundesregierung Ausschreibung und Vergabe der Mittel für die beiden Zentren als wettbewerbliches Peer-Review-Verfahren nach den Vorgaben guter wissenschaftlicher Praxis?

Wenn nein, warum wurde das Verfahren anders gestaltet?

Ausschreibung und Vergabe der Mittel für das Deutsche Zentrum für Neurodegenerative Erkrankungen erfolgten im Rahmen eines wettbewerblichen Peer-Review-Verfahrens.

Für das Deutsche Zentrum für Diabetesforschung wird in Bezug auf die Ausschreibung und Vergabe der Mittel auf die Antwort zu Frage 6 verwiesen.

9. Sollen die Verfahren für die Entscheidung über Standorte weiterer Deutscher Zentren für Gesundheitsforschung und die Vergabe von Fördermitteln zukünftig anders gestaltet werden?

Wenn ja, welche konkreten Änderungen sind vorgesehen?

Die Auswahl der Standorte der geplanten vier Deutschen Zentren der Gesundheitsforschung wird in einem transparenten zweistufigen Wettbewerbsverfahren nach wissenschaftlichen Kriterien erfolgen.

10. Welche profilbildenden Aufgaben sollen die Helmholtz-Institute im Unterschied zu Universitätskliniken und Instituten der Leibniz-Gemeinschaft in den jeweiligen Forschungsverbänden erfüllen?

Die Helmholtz-Zentren stellen im Rahmen ihres forschungspolitischen Auftrags die Nachhaltigkeit des Aufbaus Deutscher Zentren der Gesundheitsforschung sicher. Die Helmholtz-Zentren sind angesichts ihrer spezifischen Mission, drängende Probleme von Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft zu lösen sowie aufgrund ihrer spezifischen Förderstruktur hierzu in besonderem Maße geeignet.

11. Sollen aus Sicht der Bundesregierung zukünftig Institute der Helmholtz-Gemeinschaft koordinierende bzw. federführende Funktionen in der deutschen Gesundheitsforschung wahrnehmen?

Wenn ja, welche Vorteile sieht die Bundesregierung in solch einer strukturellen Aufstellung der Forschungslandschaft?

Ziel der Einrichtung der Deutschen Zentren für Gesundheitsforschung ist der Aufbau überregionaler Forschungs Kooperationen mit einer indikationsbezogenen nationalen Gesamtforschungsstrategie. Die Organisation der Zentren erfolgt auf Basis gleichberechtigter und gleichrangiger Partnerschaften der beteiligten Forschungseinrichtungen.

12. Welche Argumente sprechen aus Sicht der Bundesregierung gegen eine solche organisatorisch vorgegebene Struktur?

Auf die Antwort zu Frage 11 wird verwiesen.

13. Warum wurde das Deutsche Zentrum für Diabetesforschung nicht am Standort des Deutschen Diabetes-Zentrums eingerichtet?

Auf die Antwort zu Frage 5 wird verwiesen.

14. Sieht die Bundesregierung im Hinblick auf die bisherige Translationsforschung ein Defizit, und wenn ja, worin besteht dieses?

Die Deutschen Zentren der Gesundheitsforschung erhalten einen umfassenden interdisziplinären Forschungsauftrag bezüglich einer Volkskrankheit in der gesamten thematischen Breite des Forschungsgebiets. Die Translationsforschung soll neben der Grundlagenforschung integraler Bestandteil der indikationsbezogenen überregionalen Gesamtstrategie werden.

15. Aus welchem Grund setzt die Bundesregierung bei der Einrichtung der Deutschen Zentren für Gesundheitsforschung nicht den Leitgedanken der Exzellenzinitiative fort, wonach die Universitäten im Mittelpunkt der Forschungslandschaft stehen und bei Kooperationen mit außeruniversitären Einrichtungen die Federführung übernehmen?

Der Aufbau der Deutschen Zentren für Gesundheitsforschung folgt dem Ansatz einer gesamtstrategischen Bündelung von Forschungskompetenzen mit dem Ziel der Bekämpfung von Volkskrankheiten. Innerhalb der Zentren gilt in Bezug auf die Zusammenarbeit der Grundsatz der Gleichrangigkeit und Partnerschaftlichkeit der am Zentrum beteiligten Einrichtungen.

Die Exzellenzinitiative hat die Ausbildung von Spitzen, die Anhebung der Qualität des Hochschul- und Wissenschaftsstandortes in der Breite sowie die Stärkung der internationalen Sichtbarkeit der Hochschulen zum Ziel.

16. Wie bewertet die Bundesregierung die Kritik aus den medizinischen Fakultäten bzw. Universitätsklinika, dass angesichts zurückgehender Grundfinanzierungen der Länder eine deutliche Schwächung der Klinika einschließlich der Abwanderung ihrer Forscherinnen und Forscher zu erwarten sei und daher ein stärkeres Engagement des Bundes für die klinische Forschung erfolgen müsse?

Der Bund plant für den Aufbau Deutscher Zentren der Gesundheitsforschung eine zusätzliche Finanzierung zur Verfügung zu stellen, von der die klinische Forschung erheblich profitieren wird. Eine institutionelle Förderung der Hochschulen durch den Bund ist nach Artikel 91b Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, 2 des Grundgesetzes verfassungsrechtlich ausgeschlossen.

17. In welcher Höhe sind Fördermittel zum Aufbau der Deutschen Zentren für Gesundheitsforschung bisher an Universitätsklinika auf der einen und an Institute der außeruniversitären Forschungseinrichtungen auf der anderen Seite vergeben worden?

Bezüglich der Fördermittel zum Aufbau des Deutschen Zentrums für Neurodegenerative Erkrankungen wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

Die Projektfördermittel für das Deutsche Zentrum für Diabetesforschung im Jahr 2009 in Höhe von 4,8 Mio. Euro wurden im Wege eines Verbundprojektes an die Partner bewilligt. Die Aufteilung der Fördermittel im Einzelnen erfolgt im Rahmen der Projektabwicklung.

18. Wie sollen die Proportionen in der finanziellen Zuwendung im Rahmen der zukünftig zu gründenden DZG zwischen Universitätsklinika und außeruniversitären Forschungseinrichtungen gestaltet werden?

Auf Basis eines zweistufigen Begutachtungsverfahrens für die zu gründenden Deutschen Zentren der Gesundheitsforschung wird über die Ressourcenverwendung und die Mittelverteilung entschieden.

19. Werden Fördermittel, die im Rahmen der Deutschen Zentren für Gesundheitsforschung an universitäre Partner vergeben werden, direkt an diese ausgereicht, oder laufen die Mittel über die federführenden Helmholtz-Zentren?

Können insbesondere auch universitäre Einrichtungen direkte Empfänger von Finanzmitteln des Bundes sein?

Die Bereitstellung der für den Aufbau Deutscher Zentren der Gesundheitsforschung vorgesehenen Fördermittel erfolgt im Rahmen des geltenden Verfassungs- und Haushaltsrechtes. Es wird ein geeignetes Finanzierungsmodell gewählt, das die Nachhaltigkeit der neu zu gründenden Zentren und die Langfristigkeit ihrer Förderung sicherstellt.

20. Plant die Bundesregierung die Ausschreibung von neuen Förderprogrammen im Rahmen der Deutschen Zentren für Gesundheitsforschung, die sich unmittelbar an Universitätsklinika richten?

Die Projektförderung des Gesundheitsforschungsprogramms der Bundesregierung wendet sich an Medizinische Fakultäten, Universitätsklinika, nichtuniversitäre Forschungseinrichtungen und Unternehmen. Sie wird in Krankheitsbereichen mit einem Deutschen Zentrum der Gesundheitsforschung künftig in der fachlich gebotenen Weise auf die Arbeit des jeweiligen Zentrums abgestimmt.

21. Welche Organisationen werden sich an der zu gründenden Arbeitsgruppe des Gesundheitsforschungsrates zur Begleitung der Einrichtung der Deutschen Zentren für Gesundheitsforschung beteiligen?

Mitglieder dieses Gremiums sind Vertreter der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), der Fraunhofer Gesellschaft (FhG), der Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), des Medizinischen Fakultätentages (MFT), der Max-Planck-Gesellschaft (MPG), der Leibniz-Gemeinschaft (WGL), des Verbands der Deutschen Universitätsklinika (VUD) sowie des Wissenschaftsrates (WR). Die Länder, das Bundesministerium für Gesundheit und das Bundesministerium für Bildung und Forschung sind als Gäste vertreten.

22. Welche Aufgaben soll diese Arbeitsgruppe wahrnehmen, und wann wird sie zum ersten Mal zusammentreten?

Die Arbeitsgruppe soll das Bundesministerium für Bildung und Forschung bei der Etablierung der Deutschen Zentren der Gesundheitsforschung beraten und begleiten. Die erste Sitzung findet am 14. April 2010 statt.

23. In welcher Form sollen Ergebnisse aus dieser Arbeitsgruppe der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden?

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe fließen in die Bekanntmachung für die Deutschen Zentren der Gesundheitsforschung ein, die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) veröffentlicht werden. Das von der Arbeitsgruppe empfohlene Begutachtungsverfahren und die einzelnen Begutachtungsschritte werden für alle Beteiligten und Interessenten transparent gemacht. Hierzu werden die notwendigen Informationen auf den Internetseiten des BMBF veröffentlicht.

